

Ausländerbeirat
der Landeshauptstadt München

Dialogprojekt "Muslime in München"

Beschluss Nr. 111

Beschluss der Vollversammlung am 26.11.01

I. Antrag

Der Ausländerbeirat ruft ein Dialogprojekt "Muslime in München" ins Leben. In Form einer Bürgersprechstunde soll es insbesondere nicht-muslimischen Münchnern und Münchnerinnen die Möglichkeit geben, sich zusätzlich zu den in den Medien verfügbaren generellen Informationen über den Islam unmittelbar persönlich zu informieren. Sie werden auf diese Weise mit ihren Ängsten, Zweifeln und Fragen nicht alleingelassen. Damit leistet der Ausländerbeirat einen Beitrag dazu, einem Defizit zu begegnen, das in der Gesellschaft schon seit langem besteht und das seit der veränderten Sicherheitslage in der Welt nach dem 11. September zusätzliche Brisanz bekommen hat: Es braucht mehr fundiertes Wissen über andere Kulturen und Religionen, mehr Erkenntnis statt folkloristischer Exotik.

II. Begründung

In München gibt es bereits eine Vielzahl von Aktivitäten, die dem Dialog von Moslems und Christen gewidmet sind. Die geplante Bürgersprechstunde des Ausländerbeirates tritt dazu nicht in Konkurrenz, sondern ergänzt in wichtigen Punkten die Seminare, Tage der Offenen Tür, Treffpunkte und anderen Veranstaltungen, die Glaubensgemeinschaften, Verbände, Akademien und andere Institutionen organisieren.

Sie bietet

a. Orientierungshilfe in der breiten Palette von islamischen Institutionen in München

Ähnlich wie das Christentum im Weltmaßstab eine äußerst vielfältige Religion ist (von der katholischen Kirche über die Orthodoxen bis zu Pfingstbewegungen rechnet sich eine breite Palette von Gruppen und Institutionen hinzu) ist auch der Islam kein monolithischer Block. Er ist so vielgestaltig wie die Gesellschaften, in denen er seit dem Jahr 622 heimisch geworden ist.

In der Bürgersprechstunde beabsichtigt der Ausländerbeirat mit ausgewiesenen Religionswissenschaftlern, Ethnologen oder Islamkundlern zusammenzuarbeiten, die als Experten bzw. Expertinnen über den Islam Auskunft geben können, ohne sich jedoch selbst einer dieser Gruppen zuzurechnen. Das macht einen unvoreingenommenen Einstieg in das Thema möglich. Bürgern und Bürgerinnen, die sich nach der Sprechstunde für einzelne Richtungen innerhalb des Islam näher interessieren, wird die Bürgersprechstunde helfen, diese innerhalb der Münchner muslimischen "Szene" zu finden.

Die Geschäftsstelle des Ausländerbeirates bietet sich als Beratungsortlichkeit an. Sie verzeichnet seit jeher regen Besucherverkehr. Sie ist Anlaufpunkt für Münchner und Münchnerinnen mit den verschiedensten Anliegen und ein Identifikationspunkt über die Stadtteilebene hinaus. Sie ist zentral gelegen und mit verschiedenen Verkehrsmitteln gut zu erreichen. Zugleich ist sie angemessen unprätentiös – keiner muss fürchten, sich vor großem Publikum zu blamieren, wenn er eine Frage über den Islam stellen möchte,

die ihm schon lange auf den Nägeln brennt, aber die er womöglich für ganz falsch hält.

b) Ständige Erreichbarkeit durch vorbereitendes und parallel geschaltetes e-mail-Forum im Internet

Prinzipiell ist die Bürgersprechstunde als Veranstaltung in der Geschäftsstelle des Ausländerbeirates konzipiert. Zum festgesetzten Termin können die Bürger und Bürgerinnen Informationen und Rat von einem ausgewiesenen Experten /einer ausgewiesenen Expertin des Islam in einem Gespräch einholen. Vorbereitend, ergänzend oder ersatzweise dazu können sie ihre Fragen per e-mail an die Adresse des Ausländerbeirates stellen. Die Fragen werden gesammelt und im Rahmen der Sprechstunde vorgetragen und nach Möglichkeit beantwortet.

Die Beteiligung von Bürgern und Bürgerinnen in Form eines live-chats im Internet während der Bürgersprechstunde selbst ist wünschenswert. Die virtuelle Präsenz gäbe auch Münchner und Münchnerinnen die Möglichkeit, sich zu beteiligen, die keine Gelegenheit haben, körperlich anwesend zu sein.

Hierfür müssen noch die adäquaten technischen Voraussetzungen in der Geschäftsstelle des Ausländerbeirates geschaffen werden.

III. Beschluss nach Antrag

Mit 2 Enthaltungen zur Weiterbehandlung und Umsetzung als Kooperationsprojekt (oder gänzlich durch einen anderen Träger) an den Ausschuss verwiesen.

Cumali Naz

Dr. Paul Mayonga
Vorsitzender Sprecher des
Ausschusses für Ausländerpolitik,
Diskriminierungs- und Flüchtlingsfragen